

Sohrauer Stadtblatt.

Anteiliges Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ersteinst

erschienen zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 3,00 M.,
bei allen Verhältnissen 4,50 M.

Druck und Verlag:

P. Hunsold's Buchdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Zeile über deren Raum 50 Pf.
Inseraten-Rabatte bis zum Sonntag 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 84.

Samstag, Nr. 49.

Sonnabend, den 23. Oktober 1920.

Samstag, Nr. 49.

42. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm am Dienstag nachmittags nach der verhältnismäßig langen Sommerpause seine Sitzungen wieder auf. Das Haus war nicht allzu dicht besetzt. Nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke waren stark vertreten. Die Spaltung der Unabhängigen trat äußerlich vorläufig nicht in Erscheinung, da die Angehörigen der Fraktion der Unabhängigen und die der Fraktion Eichhorn noch ihre Plätze inne hatten. Die Regierungsbank wies ebenfalls Lücken auf. Zum Beginn der Sitzung waren nur Reichsanwalt Reichsjustizminister Dr. Heine, Reichsminister des Innern Koch, Reichswehrminister Geßler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth anwesend, aber auch sie verschwanden bald, nachdem die Präliminarien erledigt waren und in die Tagesordnung eingetreten worden war. Ganz schwach war der Bundesratsstich besetzt. Einen guten Ausfall bildete die Vegetationsanfrage des Präsidenten Köbe, der, warmherzig wie immer, auf die Bedrängnis Oberschlesiens hinwies und der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß das besetzte Gebiet bald von fremden Truppen frei sein möge, damit sich die deutsche Bevölkerung überall wieder frei als großes Ganzes fühlen und zusammenkriechen könne. In der Frage der Dieselmotoren erwartete der Präsident Anregungen aus dem Hause, und er stüt mit Nachdruck hinzu, daß eine solche Rundgebung des Hauses nicht lange auf sich warten lassen werde. Auch der Abstimmung in Räten widmete er so freundliche Worte, daß sich der Beifall, der schon den Anfang der Rede begleitet hatte, auch zum Schluß wiederholte. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Unabhängige Ledebour das Wort, um einen schnellen Protestantrag seiner Fraktion gegen die Ausweisung Sinowjews und Losowskis einzubringen. Als er erklärte, er spreche im Namen der Unabhängigen Fraktion, unterbrachen ihn von allen Seiten Rufe: „Welcher?“, was ebenso wie der eigentliche Antrag Gelächter auslöste. Zu einem Sturm steigerte sich die Heiterkeit, als Ledebour offen Ernstes behauptete, seine Fraktion sei gegen die Anwendung terroristischer Mittel. Erst die Glocke des Präsidenten konnte Ruhe schaffen. Da Abgeordneter Schulz-Bromberg im Namen der Deutschnationalen widersprach, konnte der unabhängige Antrag nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden. Nach einer kurzen Aussprache über die Geschäftsverteilung wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten, und es wurden zunächst zahlreiche kleine Anfragen erledigt. Zum Schluß erledigte das Haus in allen drei Lesungen die Vorlage über die Verlängerung des Gesetzes über die Beschäftigung der Schwer-Kriegsbeschädigten.

Die Wiedergutmachungskonferenz soll stattfinden.

Genf, 19. Oktober. Die französische Regierung hat vorgestern die erwartete neue Note Lord Curzon über die Frage der Festsetzung der Kriegsgeschädigten Deutschlands erhalten. Das „Journal“ gibt unumwunden zu, daß die englische Regierung auf einer solchen Festsetzung der Kriegsgeschädigten besteht, entsprechend den in Spaa getroffenen Abmachungen. Die englische Regierung erhebt keinen Widerspruch gegen eine neue Besprechung von Sachverständigen, sie besteht aber darauf, daß die letzte Entscheidung der Wiedergutmachungskommission nicht überlassen bleibt, sondern einer Konferenz der verantwortlichen Regierungsvertreter, zu der außer den Regierungen der Entente auch die Regierungen Österreichs, Deutschlands und Bulgariens einzuladen wären.

Das Reichsnotopfer.

Berlin, 20. Oktober. Das „Tageblatt“

schreibt: Das Reichskabinett hat neuerdings einmütig beschlossen, den verschiedenartigen Wünschen nach Aufhebung des Reichsnotopfergesetzes nicht nachzugeben, sondern, um die Zunahme der Inflation aufzuhalten, dem Reiche so rasch wie möglich weitere Einnahmen zu beschaffen und die alsbaldige Einrichtung eines Teiles des Reichsnotopfers obligatorisch zu machen. Ueber die Höhe dieses Anteiles und die Zahlungsfrist sind endgültige Beschlüsse vom Kabinett noch nicht gefaßt worden. Die Frage der Zwangsanleihe, für die das Reichsbankdirektorium eintritt, ist zunächst zurückgestellt worden.

Die Besoldungsordnung.

Berlin, 20. Oktober. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag zum Gesetzentwurf über die Veränderung des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 eine Begründung zugehen lassen, nach welcher sich die Mehraufwendung für die Besoldung der Reichsbeamten nach dem Stande des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 auf über 10 Milliarden Mark stellt. Hierzu kommen bei Annahme des Regierungsentwurfes neue Ausgaben von jährlich mehr als 100 Millionen Mark. Eine Deckung für diese Ausgaben ist zurzeit nicht vorhanden. Es wird bei der außerordentlich engen Finanzlage des Reiches nicht leicht sein, eine solche zu finden. Jedemfalls scheint es völlig ausgeschlossen, über den Regierungsentwurf hinaus Veränderungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, welche einen nennenswerten Mehraufwand verursachen würden.

Die Entente legt Hand an die deutsche Steuererhebung.

Berlin, 20. Oktober. Der „Matin“ erzählt, daß die Botschafter im Allierten Rate über die neue Steuererhebung zum Teil in den Dienst der Wiedergutmachung zu stellen sei. Die weitere Vorbereitung dieser Frage sei in den Unterkommissionen fortzusetzen. Das würde bedeuten, daß uns das Reichsnotopfer usw. weggenommen werden sollen!

Erzkanzler Karl gegen Deutschland.

Genf, 20. Oktober. Erzkanzler Karl veröffentlicht in der Pariser Revue Unteroffiziere einen längeren Aufsatz, in dem er seine Sonderfriedenspolitik zu rechtfertigen sucht und erklärt, der Abfall Österreichs vom Bündnis mit Deutschland sei nicht nur am Widerstand Czernins gescheitert, sondern ebenso sehr an dem Eigensinn Clemenceaus. Dieser Rückblick dient zur Einleitung eines Versuches, für einen Donaubund unter habsburgischem Zepher Propaganda zu machen. In dem Bestreben, in Frankreich gut Welter für sich zu machen, entbildet sich unter verflochtenen Bundesgenossen nicht, auf das widerwärtigste gegen Deutschland zu gehen. Er versichert, Deutschland denke nur an Revanche. Zu deren Vorbereitung solle die Angliederung Österreichs dienen, durch die auch die Nachbarschaft Italiens gewonnen würde. Sicherung für den Frieden könne allein eine Donaubund unter habsburgischem Zepher bieten. Seine Akkreditierung vom 11. November 1918 dürfe keineswegs als Abdankung aufgefaßt werden.

Keine Festsetzung der Dieselmotoren?

Berlin, 20. Oktober. Wie man aus Kreisen der englischen Militärmission in Berlin erfährt, soll angeblich der deutsche Einwand gegen die Festsetzung der Dieselmotoren den Erfolg gehabt haben, daß die Anordnungen der Alliierten Kontrollkommission in Deutschland ganz erheblich zu Gunsten der deutschen Auffassung revidiert würden.

Was die Welt noch nicht gesehen.

Sag, 19. Oktober. Aus New York wird gemeldet: Marineminister Daniels erklärte,

zwei große amerikanische Geschwader werden eine Reise um die Erde antreten. Es handele sich hierbei um eine Flottendemonstration, wie sie die Welt noch nicht gesehen habe.

Die Wahlen in Österreich

ergaben eine Regierungsmehrheit für die Christlich-Sozialen und Großdeutschen.

In Italien

gewinnt die anarchoistische Bewegung an Ausdehnung.

Streikunruhen in England.

Amsterdam, 19. Oktober. „Telegraaf“ meldet aus London: Der Kohlenstreik ist allgemein. Mit Ausnahme der allererforderlichsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlengruben vollständig.

Berlin, 19. Oktober. Einer Londoner Meldung der „Dish. Allg. Stg.“ zufolge gab es bei Zusammenstößen von demonstrierenden Arbeitlosen mit britischer Polizei in Downing-Street über 120 Tote und Verwundete.

Auch in Frankreich und Italien setzt die Streikbewegung ein.

Anerkennung der Abkündigung in Räten.

Paris, 10. Oktober. Die Botschafterkonferenz beschloß, an die österreichische Regierung eine Erklärung des Inhalts abgeben zu lassen, daß die Ergebnisse der Volksabstimmung von Klagenfurt respektiert werden müßten. Gleichzeitig wird aber die österreichische Regierung auf Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und auf Artikel 80 des Versailler Vertrages aufmerksam gemacht, der Österreich verbietet, seinen Anschluß an Deutschland zu vollziehen.

Die Entente fordert die Auslieferung des Königs Ferdinand von Bulgarien.

Basel, 20. Oktober. Aus Sofia wird gemeldet: Die Vertreter der Entente haben der bulgarischen Regierung eine Note übersandt, in der die Auslieferung von 507 Militär- und Zivilpersonen gefordert wird. Darunter befinden sich u. a. auch König Ferdinand und der Ministerpräsident Radoslawow, die sich beide angeblich in Deutschland aufhalten sollen.

Lloyd George

soll demnächst zurücktreten. Sein Nachfolger soll Lord Grey werden.

Die Krankheit des griechischen Königs.

Ath, 19. Oktober. Aus Athen wird gemeldet, daß Benizelos beabsichtigt, die Republik zu erklären, falls der König sterben sollte. „Corriere d'Italia“ meldet, daß die Anhänger Benizelos dem König Gift gegeben hätten.

Ath, 19. Oktober. Der Ministerrat hielt gestern eine dringende Sitzung ab und beschloß die Einberufung der Kammer gemäß der Verfassung. Man kann daher annehmen, daß König Alexander vor seiner Enthronung steht. Die wildesten Gerüchte sind im Umlauf. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß es sich bei der Erkrankung des Königs um ein Attentat der Benizelisten und nicht um einen Affenbiss handele.

Tod des Königs von Griechenland?

Paris, 21. Oktober. Wie das „Journal de Debats“ mitteilt, soll nach einer Depesche aus Rom die Funkstation des griechischen Dampfers „Atomitos“, der im Hafen von Brindisi vor Anker liegt, aus Athen einen Funkpruch aufgenommen haben, der den Tod des Königs Alexander ankündigt. Das „Journal de Debats“ fügt hinzu, die Nachricht sei bis jetzt noch nicht bestätigt. Es scheint, daß sie verfehlt sei.

Die Einstellung der Feindseligkeiten im Osten.

Warschau, 20. Oktober. Am 18. Oktober um 20 Uhr, 8 Uhr abends deutscher Zeit, ist die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt. Auf dem südlichen Abschnitt verhielt sich der Feind bis zum letzten Augenblick still, indem er andauernd versuchte, uns aus dem besetzten Gebiete zu verdrängen. Die Woffenstillstandslinien umfassen die Orte Łuz, Grabowo, Racowice, Olew, Żwiśiel, Chmielnik und Deroniz, wobei diese Ortschaften in unserer Hand blieben.

Rußland rückt trotzdem weiter.

Moskau, 21. Oktober. Die russische Sowjetregierung trifft umfassende Maßnahmen für einen weiteren Feldzug in Ostpreußen. Alle Arbeiter und Bauern bis zu 36 Jahren werden sofort einberufen. In den Fabriken sind alle wehrfähigen Männer durch Frauen abge-
setzt worden. In den Militärbezirken von Moskau und Witebsk wurden 15 neue russische Divisionen aufgestellt.

Die litauische Front durchbrochen!

Berlin, 21. Oktober. Rigas Bureau meldet aus Wilna: Vor Rowno ist die litauische Front abermals durchbrochen worden. Das Schicksal Rownos ist ungewiß.

Oberschlesien.

Eine Denkschrift über Oberschlesien.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über den Zustand in Oberschlesien im August und September 1920 zugegangen. In der Denkschrift werden die politischen geheimen Nachrichten in allen Einzelheiten dargelegt, sowie reiches statistisches Material zum Beweise des polnischen Vorgehens beigebracht. Es steht außer Zweifel, daß der August-Aufstand sich auf der in Oberschlesien bestehenden polnischen Geheim-Organisation aufgebaut hat und mit ihrer Hilfe durchgeführt wurde. Das Auftreten polnischer Soldaten und die Versorgung der Aufständischen mit Waffen und Munition wird durch das veröffentlichte Material bewiesen.

Im Schlußwort heißt es: Noch jetzt seien die gesetzmäßigen Zustände in ober-schlesischen Abteilungsgebieten nicht überall hergestellt. Die polnischen Geheimorganisationen bestehen noch wie vor. Ihre Führer seien auf freiem Fuß. Die Entwaffnungsaktion habe nur unvollkommene Ergebnisse erzielt. In einzelnen Bundesbezirken haben die ordnungsmäßigen Behörden die Gewalt noch nicht wieder voll in der Hand. Von polnischer Seite wird dreifacher Widerstand geleistet. Die gegenwärtigen Zustände im Abteilungsgebiet lassen eine im Friedensvertrage verbürgte freie und uneingeschränkte Äußerung des Volkswillens nicht zu. Sollte dem Friedensvertrag Genüge geschehen, so müssen Verhältnisse geschaffen werden, unter denen die Bevölkerung sich dessen sicher fühlen kann, daß nicht durch eine gewalttätige Unterdrückung ihre freie Stimmabgabe unmöglich gemacht werde.

Die Abstimmung erst im Frühjahr?

Berlin, 20. Oktober. Aus Berichten im „Tempo“, „Matin“ und anderen Pariser Blättern ist zu entnehmen, daß tatsächlich dem Obersten Rat ein Antrag Polens vorliegt, die Volksabstimmung in Oberschlesien erst für das Frühjahr 1921 anzuberaumen, und daß der Antrag nicht unbedingt abgelehnt worden ist. Eine endgültige Entscheidung des Obersten Rates sei noch nicht getroffen worden.

Berlin, 21. Oktober. Die deutsche Regierung hat die befristende Mitteilung erhalten, daß die polnische Regierung Schritte beim Alliierten Rat für die Vertragung der Volksabstimmung in Oberschlesien bis zum Frühjahr getan hat. Wegen dieser Absicht Polens hat die deutsche Regierung in Paris durch den Botschafter Gegenvorstellungen bei der Friedenskonferenz erhoben.

General Le Rond zurückgekehrt.

Von der Interalliierten Kommission wird mitgeteilt: General Le Rond, der Präsident der Interalliierten Regierungen- und Plebiszit-Kommission für Oberschlesien, ist am 19. Oktober nach Oppeln zurückgekehrt. Er führt seitdem wieder den Vorsitz der Interalliierten Kommission.

Schutz vor der großpolnischen Volkswehr.

Kattowitz, 19. Oktober. Der deutsche Plebiszit-Kommissar in Kattowitz, Dr. Urbanek, hat dem General Le Rond in Oppeln ein Telegramm zugehen lassen, in dem er Schutz deutschgesinnter Oberschlesier vor der Verwirklichung der Drohungen der „Oberschlesischen Grenzregierung“ fordert. Das Blatt Kattowitz hat mit nicht zu verkennender Absicht in Aussicht gestellt, binnen kurzer Zeit die Namen

derjenigen Heimattreuen bekanntzugeben, die die an den Aufstandsverbrechen beteiligten Polen bei den Verbrechen angezeigt haben. In der Nummer vom 17. Oktober hat die „Grenzzeitung“ mit der Veröffentlichung von 15 Namen, die der Volkswehr preisgegeben werden, bereits begonnen.

Oberschlesien Rot.

Der Oberschlesische Landtag in Gleiwitz bittet um Berücksichtigung folgenden Notkreises: An die hohe interalliierte Kommission!

Als vor ca. 9 Monaten die hohe Kommission als Mandatar der Alliierten Mächte die Regierungsgewalt in Oberschlesien übernahm mit der Zusage von Gerechtigkeit, Ruhe und Ordnung, brachten ihr alle wohl-gesinnten Kreise Oberschlesiens volles Vertrauen entgegen. Alle von Verantwortung getragenen Stellen waren bereit, ihr Befehl zu gehorchen, um mitzuhelfen, die höchsten Güter der Menschheit dem ober-schlesischen Volke zu erhalten.

Seider ist es trotzdem nicht gelungen, diese Verpflichtungen wahr zu machen. An Vorkerk-lungen und Willen persönlicher Art bei den Zentralstellen und den Kreis-kontrollen hat es nicht gefehlt. Sie sind unausgütlich geblieben. Der Weg des Parlamentes ist uns vergeschlossen. Wir nehmen daher unsere Pflicht zur Verantwortlichkeit der Presse, um unsere Beschwerden zu erheben in der Hoffnung und Erwartung, daß sie vielleicht allseits Gehör finden.

Der Volkswille wird seit in Oberschlesien geradezu Orgeln freier und empfindbarer Art, ohne irgendwelche energetische Abwehr zu finden. Durch diese Verhältnisse steigt seine Freiheit von Tag zu Tag, und wenn nicht sofort energetisch durchgegriffen wird, wird Oberschlesien Sowjet-Rußland sehr bald in den Schatten stellen. Die Verantwortung hierfür wird vor der Geschichte des Landes für alle Zeiten die hohe interalliierte Kommission zu tragen haben.

Unter besondern Seiten steht das Landvolk, das und wehrlos den drückenden Verhältnissen preisgegeben, niemand kümmert sich um es, niemand schützt es. Raub, Mord, Plünderungen der Tag und Nacht, das sind die Erscheinungen der gegenwärtigen Zeit. Sie treffen den kleineren Besitz gleichermassen wie den größeren, die deutschen wie die polnischen Landwirte.

Das Landvolk forbert von der Interalliierten Kommission als der Trägerin der Staatsgewalt den Schutz und die Sicherheit für Leben, Hab und Gut. Das ist unser Recht und die Pflicht einer jeden Regierung, die Anspruch erhebt, als solche gewertet zu werden.

Wir fragen die hohe Kommission, warum schützt und nicht die Truppenmacht, die ihr zur Verfügung steht? Wir wissen sie in den Städten, Raststätten und Rindern. Ist ihnen das Landvolk zu schade? Wir fragen, wo ist die Entwaffnung der Augustbanden geblieben, die die Träger des Volkswillens geblieben sind? Wir fragen, warum hat man die Sicherheits-polizei in ihrem Bestande verringert und in ihrer Autorität geschwächt?

Das Landvolk ist der Verzweiflung nahe. Das Vertrauen in den Willen und die Stärke der interalliierten Kommission ist geschwunden. Wer ist fähig für die nach Millionen zählenden Schäden; ist die interalliierte Kommission als die für Ruhe und Ordnung verantwortliche bereit, für die Schäden einzutreten? Allen-falls wird die erste Absicht laut, die Betriebe stillzulegen, um sich vor dem Ruin zu schützen. Die hohe Kommission möge sich die Folgen überlegen, die hieraus für das ganze Land ent-stehen müßten. Videant consules!

Entscheidung über den Termin?

Ans Paris wird gemeldet, daß sich der Oberste Rat in seiner Sitzung am nächsten Freitag mit der deutschen und polnischen Note über Oberschlesien beschäftigen wird. Wie der „Matin“ zu berichten weiß, soll in dieser Sitzung auch eine Entscheidung über den Ab-stimmungstermin in Oberschlesien getroffen werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß der französische Botschafter in Berlin, der sich zurzeit in Paris befindet, bei seiner Rückkehr der Reichsregierung von dem Abstimmungstermin offiziell Kenntnis geben wird. Die Rückkehr des Botschafters wird spätestens Anfang nächster Woche erwartet.

Oberschlesien im Auswärtigen Ausschuss.

Die Frage der bundesstaatlichen Autonomie.

Berlin, 21. Oktober. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, das Reichskabinett, das preussische Kabinett und die Abstimmungs-kommission des Reichstages trafen heute vormittag zu gemeinsamer Beratung über die Frage der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien im Reichstage zusammen. Die rein verordnungsartigen Entscheidungen dienten vorwiegend informativem Zweck und wurden, da die Eingangsfrage der ober-schlesischen Abgeord-

Englische Offiziere als Leiter der ober-schlesischen Polizei.

Berlin, 20. Oktober. In diesen politischen Kreisen verlautet, daß zwar in der Verwaltung Oberschlesiens keine Veränderung eintritt, daß aber die Leitung der ober-schlesischen Polizei zum großen Teil englischen Offizieren unterstellt werden würde. Ein Engländer, der Gelegenheit hatte, die neuen Verhältnisse in Oberschlesien genau kennen zu lernen, und der einige Zeit in London weilte, hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, eine größere Anzahl englischer Offiziere zu diesem Zweck auszuwählen und auszubilden.

Kolales u. Provinzielles.

Sobran O.-G., den 22. Oktober 1920.

S (Von der städtischen Verwaltung.) Herr Sparkassenkontrollant Spielvogel beabsichtigt, in den Staatsdienst zum Finanzamt überzutreten; er ist aus diesem Grunde vom 1. November ab auf 3 Monate seines amtierenden Stadtwahlamts beraubt, was sich einer infor-matorischen Beschäftigung beim Finanzamt nicht an unterziehen. Herr Spielvogel ist seit 1901 bei der hiesigen Stadtwahlverwaltung be-schäftigt. — Der Betriebsleiter unseres städtischen Elektrizitätswerks, Herr Ingenieur Wiese-mann, gibt seinen hiesigen Posten, den er drei Jahre inne hatte, in diesen Tagen auf, um einem Rufe als Betriebsleiter nach Wittenberge bei Berlin zu folgen. — Der erste Posten wird vortragsweise verwaltet, der letztere ist ausgeschrieben worden.

S (Der Kanal in der Mauerstraße) zwischen den Häusern Carl Bernau's und Gladisch (Schulz) wird gegenwärtig mittels der Stadt durch Herrn Maurermeister Scholz ausgetieft. Der Kanal ist rund 160 m lang, davon werden 135 m mit Zementrohren ausgelegt, der Rest ausgemauert bzw. offen gelassen. Die notwendigen Zementrohre hatte die Stadt auf Lager. Durch die Ausbesserung dieses Kanals wird einem dringenden Uebelstand abgeholfen. Die Arbeiten dürften in kurzer Zeit fertiggestellt sein.

S (Schadenfeuer.) Dienstag nachmittag in der 5. Stunde entstand im Dachstuhl des früher Proger'schen, jetzt städtischen Hauses neben dem Rathaus ein Balkenbrand, der leicht größere Dimensionen hätte annehmen können. Das Feuer war dadurch entstanden, indem durch ein defektes Kaminschloß des Schornsteins die Rauchföhne (Speken) der Balken des Vorder-hauses in Brand geriet. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle und nahm, nachdem der Brandherd aufgedeckt, mit 2 Schlauchwagen die Löscharbeiten in Angriff. Nach etwa ein-stündiger Arbeit war das Feuer gelöscht und die Feuerwehr konnte wieder abrücken. Der Schaden ist ziemlich erheblich, besonders er-leidet solchen auch die eine Wohnungseinheit, Frau Zibls, über deren Wohnung der Brandherd lag.

S (Im Schauspielhaus) wird an diesem Sonntag ein besonders ansehnliches Programm abgewechselt und zwar der Bruno Kastner-Film „Das Geräch“, ergreifendes Kriminaldrama in 4 Akten, und das Jäher- und Araber-drama „Der Schatz des Abraham“. Wir machen auf dieses Programm alle Kinofreunde besonders aufmerksam.

S (Das Versorgungsamt Rybnik) gibt bekannt, daß die Büros am Montag, Mittwoch

und Freitag auch nachmittags von 2—4 Uhr für die Kriegesbedürftigen geöffnet ist.

(Speisung durch die Amerikahilfe.) Die Speisung des amerikanischen Hilfslagers beginnt hierorts durch den Batavialändischen Frau-Verein am Montag, den 25. d. M. und zwar im Jägerischen Hause in der Obervorstadt. Es kommen hierbei bekanntlich nur fast unterernährte Kinder (ohne Rücksicht auf den Stand ihrer Eltern) und werdende und stillende Mütter in Frage, die sich vorher einer ärztlichen Untersuchung unterzogen haben. Die Speisen werden nur gegen besondere Ausweisurkunden verabfolgt, die für Schulkinder in den Schulen, für Kinder unter 6 Jahren bei Frau Gnnold und für Mütter bei Frau Schürmer ausgestellt werden. Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Speisen nicht nach Hause genommen werden dürfen, sondern an Ort und Stelle genossen werden müssen. Zusammenkünfte müssen von der Speisung ausgeschlossen werden. Die Ernährung erfolgt 5 bis auf weiteres wöchentlich von 9 Uhr vormittags ab.

(Eisfischdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag ist von gemeinen Dieben der an der Mittelwille gelegene Eysfischlager (Wälder Herr Wäldermeister Haus) abgegriffen und daraus über 3 Etr. Fische gekohlen. Der Diebstahl ist auf die Fischabfuhrung der Tüder eine Belohnung von 300 M. aus.

(Knecht.) In der Nacht zum Donnerstag in Kadowitz. Nachdem die Bande bei dem Schürer Witte, Dorn und Altmann zu einem Haus erschossen hatte, gab sie noch mehrere Schüsse in den Giebel und die Fenster des Altmannschen Hauses ab. Durch einen Schuß wurde der mit seiner Familie in der Stube schlafende Bauunternehmer Hermann Altmann am Kopf getroffen. Die Kugel blieb in der oberen Kopfhälfte stecken und mußte durch den Arzt entfernt werden. Die Wundtendenzen sind bisher nicht ermittelt worden.

(An alle Oberfleischer!) Jeder Oberfleischer, der sich zur Teilnahme an der Abfuhrung gemeldet hat, erhält rechtzeitig einen vom Deutschen Schenke- und Ausgetränkter-Freihandelsverein für die Provinz Preußen und Reichsland Ostpreußen ausgeteilten Bescheid; für jede Befreiung auf der Reise wird gesorgt. Da wegen der großen Zahl der Abfuhranten der Hin- und Rücktransport auf einem festen Plan erfolgen muß, wird jeder etwa 10 Tage im Abfuhrungsgebiet verweilen müssen. Die deutsche Besatzung Oberfleischer wird als Gefolge aufstellen, den Abfuhranten begleiten, die von allen Seiten in die alte Heimat eilen, den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu gestalten. Wie das Bescheid Kommissariat für Deutschland mitteilt, werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, so daß jeder Aufenthalt und Verpflegung finden wird. (Weißlich wird für 10 Tage unentgeltlich gewährt.) Für festliche Veranstaltungen, Arbeitsunterhaltungen und anderes wird gesorgt. Zur Verhinderung von Abfuhrungsgefällen, deren Wohnort nicht an der Bahn liegt, werden Autos und Fußwege zur Verfügung stehen. Es braucht sich also niemand Sorgen zu machen und Bedenken zu tragen, die Reise ins Abfuhrungsgebiet anzutreten. Als Gefolge ist in die Wege geleitet und wird rechtzeitig bekannt gegeben.

(Der Winterfahrplan 1920/21) wird am 24. Oktober 1920 in Kraft treten.

(Die Schulgeldverbesserung in Oberschlesien.) Anlässlich einer in Kadowitz stattgefundenen Konferenz der Magistratsbediensteten der ober-schlesischen Städte ist bezüglich der Erhebung der Schulgebühren aus der Kommunal- und höheren Verwaltung vereinbart worden, zunächst nur die staatlichen Schulgebühren zu erhöhen, mit deren weiteren Erhöhung am 1. April 1921 zu rechnen ist. Der Schulgebührensatz für auswärtige Schüler und Schülerinnen soll im allgemeinen auf 20 Prozent festgesetzt werden, wenn besondere Verhältnisse am einzelnen Ort nicht einen höheren Prozentsatz als notwendig erscheinen lassen.

(1000 vakante Lehrstellen in der Elbavalei.) Infolge der ständigen gewaltigen Kampfpolitik sind in der Elbavalei 1000 Lehrstellen in den konfessionellen Schulen, größtenteils römisch-katholischen vakant. Die Eltern dieser Schulen interessieren sich teilweise freiwillig, um sich den Bedürfnissen der kulturellen Kampfschule schließlichen Schulen zu entziehen, teilweise wurden sie angewiesen, weil sie sich den religiösen Verbindungen widersetzen.

(Raubbau in der Fleischwirtschaft.) Aus Kreisen des Ernährungsbereichs wird mitgeteilt, daß die Freigabe des Fleisches stellt eine beratige finanzielle Abschlagung des Viehbestandes zur Folge hat, daß auch in Ostpreußen und Südbaltikum, insbesondere Wälderberg und Baden, Forderungen sich geltend

machen, die Fleischwirtschaft auf wieder einzuführen, da sonst die Ernährung gefährdet ist.

(München Patenstadt von Lublitz.) Der Antrag der Stadt Lublitz. München wolle die Patenstadt für die Stadt Lublitz übernehmen, wurde vom Stadtrat einstimmig angenommen. München wird der Stadt Lublitz ein Patenrecht zu gewähren.

(Eine Leibesbesitzer in Tarnowitz.) Die gestrige Stadtratsversammlung in Tarnowitz eröffnete eine längere Debatte bei der Beratung über die Aufhebung des Gemeindefürsorgebedarfs bzw. die Freigabe der Freigabe zu den Altkassen für das Rechnungsjahr 1920. Der Etat schließt mit einer Ausgabe von 1788000 Mark ab. Dagegen steht ein Einnahme von 1242373 Mark. Die Mehrausgabe von 545623 Mark muß durch Altkassen Einnahmen, trotz Erhöhung verschiedener Steuern bis zu 26000 Mark Ausgaben gedeckt. Um hierfür Einnahme zu schaffen, schlug der Magistrat vor, eine Junggefallensteuer zu erheben. Stadtratsbediensteter Wiest (Polen) beantragte, auch die unverheirateten Damen gleich den Junggefallen zu betrachten. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip mit der Einführung dieser Steuer einverstanden. Über die Art der Erhebung soll der Versammlung in einer der nächsten Sitzungen eine besondere Vorlage gegeben.

(Das herrenlose Geld im Eisenbahnwagen.) Ein Fall, der nicht oft vorkommt, ereignete sich am Montag. Als nämlich Frau Gertrud Stöckert aus Grotzow, Kadowitz Nr. 2, mit dem Tage 6 Uhr 36 Min. nachmittags von Kadowitz nach Grotzow fuhr und sich in einem Abteil 4. Klasse befand, das fast besetzt war, erbeutete sie aus dem Fußboden (der Wagen war nicht beleuchtet) eine Anzahl gebrauchter 50 Mark-Scheine, außerdem waren noch 5 Mark-Scheine verstreut umher. Die Frau sammelte das Geld, die Mitfahrenden wurden auch darauf aufmerksam und in Hindenburg kamen zwei Beamte des Zuges in den Wagen. Diesen übergab die Frau das Geld, das sie leider zu zählen vergessen hatte, doch mußten es mehrere Tausend Mark gewesen sein. Die Beamten wollten das gefundene Geld sofort abliefern. Der Frau gebührt jedenfalls der Fußboden. Der aber mag der Verlierer sein. Wohl einer, der leicht Geld verliert. Aber trotzdem im Wagen 4. Klasse bei solchem Gebräue. . .

(Die Zeitungen werden teurer.) Infolge Erhöhung der Arbeits- und Papierkosten ist der Preis der Warschauer Zeitung um 5 Mark für das Exemplar erhöht worden.

(Aus dem Hause Wiese.) Wie der „Schles. Volkszeitung“ mitgeteilt wird, hat am Sonntagabend der zweite Sohn des Fürsten von Wiese, Graf Alexander von Hochberg, in der Patronatskirche zu Nieder-Schönbach unter Beisein der Eltern und der beiden Brüder, des Erbprinzen Hans Heinrich und des Grafen Woldemar in die Hände des dortigen Pfarrers das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt und die erste hl. Kommunion empfangen.

(Für Abschaffung des Wides.) Der Gehilfen von Lipitz, Nathan Ederblom, früher Professor in Prag, tritt in einem Artikel in „Stockholms Tidningen“ für die Abschaffung des Wides im Stillstand ein. Er erklärt, daß wirtschaftliche Menschen auch ohne einen Zwang der Eidesleistung die Wahrheit sagen, die anderen würden sich durch den Zwang auch nicht stärker veranlaßt fühlen, die Wahrheit zu sagen.

(Zur Nachsicht.) Auch im Kreise Kadowitz ist, wie in anderen Kreisen Oberschlesiens, lebhaftes Interesse am öffentlichen Stellen zwecks Versorgung der armeren Bevölkerung mit Kartoffeln zu bemerken. So hat das Domänenamt (Kadowitz) Kommissar Lucius von Wiedemann den armeren Einwohnern von Wiedemann 120 Zentner zum Preise von 15 Mark und den Ortsbornen außerdem noch größere Mengen Kartoffeln unentgeltlich zur Verteilung gebracht.

(Auf die Vermittlung des Wälder.) Der Generaldirektor Radzik in Grotzow ist von der Steinbohlengewerkschaft Charlotte eine Belohnung von 20000 Mark ausgesetzt worden.

(Weg, 21. Oktober.) Nach der Anzeige der öffentlichen Aufhebung und Versteigerung eines französischen Offiziers wurde der Kadowitz-Klassiker-Wälder aus Wiedemann dem interallierten Ausnahmegericht in Oppeln zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

(Wiedemann, 20. Oktober.) Vor etwa 3 Wochen erschienen am 9 Uhr 12 bewaffnete Banditen vor dem Forsthaus und ver-

langten Einlass. Da der Förster auf einer Niederung abwesend war, weigerte sich die Frau das Haus zu öffnen. Die Banditen schnitten eine Fensterhebe aus dem Rahmen und drangen in die Wohnung ein. Die Frau wurde gezwungen, sämtliche Wertsachen zu öffnen und sämtliche Wertsachen herauszugeben. Darauf verschwanden die Banditen im Walde. Als der Förster zurückkam um 10 1/2 Uhr aus dem Walde zurückkehrte, fand er das Haus von außen verriegelt. Der Fall ist insofern besonders bedauerlich, als der Förster jung verheiratet ist und bei diesem Überfall sämtliche Wertsachen verloren hat.

Kadowitz, 19. Oktober. In Bogatschitz im Hause Kaiser Wilhelmstrasse 74 fand eine Hochzeitsfeier statt. Während der Feier kamen abermals mehrere bewaffnete Männer in die Wohnung des Brautpaares und zwangen die Familie mit vorgehaltenen Waffen, sie zu betreten. Die geladenen Gäste wurden verjagt. Nach dem Wable packten die Räuber die Wertsachen und verließen das Haus.

Kadowitz, 20. Oktober. (Die Früchte der Erde.) Ein als polnischer Gast bekannt bekannter Kaplan K., der an der Pfarrkirche in Kadowitz tätig war, hat vom bishöflichen Amt eine Befreiung erhalten. Seine Anhänger versammelten sich am letzten Sonntag während des Hochamtes, besetzten alle Ausgänge der Kirche und hielten durch lautes Rufen den Gottesdienst. Als der Pfarrer herankam, wurde er von Polen sofort umringt, in gemeinsamer Wille beschloß man mit dem Tode droht. Man schrie ihm zu, wenn der Kaplan K. nicht innerhalb 24 Stunden wieder in Kadowitz käme, so würde man ihn, den Pfarrer, im Auto wegbringen und in die Wälder werfen. Man versprach weiter, daß Kaplan K. schon am kommenden Sonntag eine polnische Predigt in Kadowitz halten soll. Nur dem bishöflichen Amt von einigen derartigen bühnenhaften Aktionen ist es zu danken, daß die Gesellschaft des Pfarrers nicht niederschlug.

Kadowitz, 20. Oktober. Von mehreren Banditen wurde am Montag der Bauernschützer Kadowitz in Grotzow in seiner Wohnung überfallen und die Frau zur Wälder sich selbst niederzugeschossen. Die Frau war sofort tot, während der Mann so schwer verletzt wurde, daß er kaum mit dem Leben davon kommen wird. Nach vollbrachter Tat wurde von den Mördern die Wohnung durchsucht und eine Anzahl Gegenstände, darunter bares Geld, geraubt.

Kadowitz, 20. Oktober. Vier bewaffnete Banditen drangen in den Laden des Goldschmieds Wargacha. Der allein anwesende Wälder wurde mit Erschüssen bedroht und eine Geldtasche mit 17000 Mark sowie eine goldene Uhr geraubt. Die Räuber entzogen.

Kadowitz, 19. Oktober. (Zur Kartoffelversteigerung.) Der Verband schlesischer Banditen im Kreise Kadowitz O.S. erklärt folgenden Antrag: Nach Abschluß der gestrigen Sitzung wird jeder Bandit, der nicht, ob er zum Verbands gehört oder nicht, aufgefordert, an der Diskussion für die arme Bevölkerung teilzunehmen und so als möglich pro Morgen Kartoffel landaufschä 1—3 Zentner Kartoffeln, pro Morgen 18 Mark, an den Banditenamt Kadowitz O.S. zu liefern. Diejenigen Banditen, die sich nicht an der Diskussion beteiligen, mögen sich sofort mit dem Verbandsvorsitzenden melden und angeben, weshalb sie nicht teilnehmen. Diejenigen Banditen, welche Kartoffeln zurückhalten, um sie in nächsten Tagen zu verkaufen, werden bestraft. Die Mitglieder der Banditen werden gebeten, die Namen solcher Banditen bekannt zu geben.

Evang. Gemeinde Sohrau.

Sonntag, den 24. Oktober, vorm. 10 Uhr: Polnischer Gottesdienst.

Standesamt-Nachrichten von Sohrau.

Sterbefälle.
Am 15. Oktober die Witwe Susanna Kadowitz, 81 Jahre alt; am 18. die Witwe Katharina Wiedemann, 58 Jahre alt.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt: Der Kleinhandelssteuersatz für Zucker ist ab 16. Oktober wie folgt geändert: für 1 Pfund Zucker (gem. Raffinade gem. Weiss, Kristallzucker) 3,49 M., für ein Pfund Zucker 3,53 M.

Dies wird der künftigen Bevölkerung zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die Ausgabe von 80 g einmalig pro Kopf findet erst nächste Woche statt.

Danksagung.

Nachdem wir heute unsere geliebte Mutter

Frau Katharina Weißmann

neben unserem vor einem Jahre dahingeschiedenen teuren Vater zur letzten Ruhestätte gebettet haben, sprechen wir unseren tiefempfundenen Dank aus allen denen, welche durch die Bekundung ihrer Teilnahme an unserem Schmerze unserem Herzen so wohl taten: der hochw. Geistlichkeit, insbesondere Herrn Pfarrer Loch für die wahren Trost Worte, dem Pfarr-Cäcilien-Verein sowie dem Männer-Gesangverein für die schönen, erhebenden Chöre, den geehrten Damen und Herren des Lehrerkollegiums, den Bekannten und Freunden für das ehrende Grabgeleit und nicht zuletzt den Spendern der schönen Kränze.

Allen sagen wir nochmals ein herzliches „Gott vergelte's.“

Sohrau OS., den 21. Oktober 1920.

Die trauernden Kinder.

Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 26. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr

werde ich in Sohrau OS. — Versammlung im Schindler'schen Gasthause —

ca. 10 Etr. Heu, 2 Ferkel und 5 Gänse

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußern.

Sohrau OS., den 22. Oktober 1920.

Müller, Gerichtsvollzieher.

Freiwillige Auktion.

Dienstag den 26. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr

werde ich im Hofe des früher mir gehörenden Hauses Holststraße Sohrau

Backofenarmaturen, Garböcke, 1 Dezimalwaage, 1 Posten Brennholz, einige Bretter und versch. andere Gegenstände

gegen Barzahlung meistbietend veräußern.

Ludwig Hettmann,

Gastwirt, Rybnitz.

Für Allerheiligen

empfiehlt

== Grabfränze ==

Gärtnerei Rorsatzki, Sohrau (Zoslaw).

300 Mk. Belohnung

sichere ich demjenigen zu, der mir die Täter namhaft macht, die mit den 2198-fowiger Reich an der Mittel-Wahl abgelaufen und daraus über 3 Zentner Fische gestohlen haben.

N. Hilla.

Haarbalsam

„Johal“

kein Färbemittel.

Der Erfinder garantiert für dauernd, daß die Haare dieselbe Naturfarbe bekommen wie früher. Vollkommen unschädlich.

Kunstharnetze

— große Form und haltbar —

sind zu haben bei

M. Reichenberger,

Friseur und Dentist.

Alempnerlehrling

kann sich melden bei

H. Quicker,

Bau- und Installations-Alempnerel, Sohrau O.S.

Habe die Praxis von Herrn Zahnarzt Doernfeld übernommen.

Sprechstunden:

von 1/2 8—1/2 12 Uhr vormittags
und von 1/2 2—6 Uhr nachmittags.

Schonendste Behandlung.

E. Böke.

L. S.

Sonntag, den 24. Oktober 1920:

Das Gerücht.

Ergreifendes Kriminaldrama in 4 Akten mit Bruno Kastner in der Hauptrolle.

Der Schatz des Abraham.

Indier- und Araber Drama in 3 Akten.

Sonntagabend abends 8 Uhr: Probe.

Sonntag zwei Vorstellungen, um 1/2 6 und 8 Uhr.

Feinstes Kaliforn. Backobst,
„ „ „ Aprikosen,
„ „ „ Pflaumen,
Tangermünder Marmeladen,
(garantiert nur Zucker und Frucht)
— empfiehlt —

Feinkosthaus R. Schmidetzki.

Qualitätsraucher

bedürfen die

Rauchtabake

aus der Tabakfabrik

Hans Gellern & Co.,

Reichenstr. 12 Breslau 10, Tel. Nring 6095

Vertreter gesucht.

Einen Posten

Sportstrümpfe

hat billig abzugeben

Alois Ochojski,
am Bahnhof.



Gute Musik

6 Jahre alt, im Januar klabend, ist zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Blattes.

Anlässlich seines Scheidens rufen wir unserem verehrten Chef, Herrn Ingenieur Wiesemann ein

„herzliches Lebewohl!“ zu.

Das Personal des städtischen Elektrizitätswerks Sohrau OS.

Vaterl. Frauen-Verein.

Die Spülung durch die Amerikablitz beginnt Montag den 25. Oktober im Zgler'schen Hause Oberorstadt. Es werden gespielt: Frauen und Kinder bis zu 6 Jahren von 9—9 1/2 Uhr vormittags, Schulfinder von 1/2 10 Uhr ab. Der Vorstand.



Männer-Gesangverein Sohrau O.-S.

Sonntagabend, den 23. Oktbr., abends 8 1/2 Uhr:

Gefangs-Abend

im Hotel „Zur Post“.

Schützenhaus Sohrau.

Sonntag, den 24. d. M., von 4 Uhr ab:



Groß-Ernteball.

Es ladet freundlichst ein
Johann Siekiern.

Dienstag, den 26. Oktober 1920:

Großes

Eisbein-Essen.

Robert Dzionny,
Gasthausbesitzer.

Für Wiederverkäufer!

Jade, Axa, Weltkette,
Dicke Bohnen, Pfen,
Okassa, Rarität und
— andere Marken —

zu Original-Fabrikpreisen zu haben.

St. Kulas,

Spezial-Cigarren-Geschäft,
Sohrau, Ring 30.

Kinderwagen, Sportwagen

Ich bin preiswert ab Fabrik
Engelmann, Sohrau, 2 Min. vom Bahnhof.

Ein Lehrling

kann in meiner Buchdruckerei bald oder später eintreten.

P. Hunold.

Knaben oder Mädchen

zum Austragen des Stadtblattes können sich melden.
P. Hunold.

Goldene Trauringe u. Ohrringe

in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei
Engelmann, Sohrau (Rischewjowa.)